

Bundesrat

„Nur ein Scheingefecht“

Die Wirtschaftspolitische Sprecherin der Hamburger Stadt Partei, Rotraut Meyer-Verheyen, 55, über die Rolle ihrer Partei bei der Liberalisierung des Ladenschlusses

SPIEGEL: Auf Druck der Stadt Partei hat sich Hamburg im Bundesrat bei der Abstimmung über den Ladenschluß der Stimme enthalten. Sind Sie stolz darauf, daß Ihre Minipartei mit 46 894 Wählern dem alten Ladenschlußgesetz den Gar aus gemacht hat?

Meyer-Verheyen: Für unsere kleine Partei ist es jedenfalls ein großer politischer Erfolg. Und wir glauben, daß wir im Interesse der Mehrheit im Lande gehandelt haben.

SPIEGEL: Oskar Lafontaine wollte das Gesetz im Bundesrat stoppen.



Meyer-Verheyen

Meyer-Verheyen: Das ist doch ein Scheingefecht. Nach außen ist die SPD politisch korrekt, also gegen den flexiblen Ladenschluß. Tatsächlich aber finden viele Sozialdemokraten den flexiblen Ladenschluß gut, zumindest in Hamburg. Die SPD-Abgeordneten finden es selbst angenehm, wenn sie abends länger einkaufen können.

SPIEGEL: Die waren klammheimlich auf Ihrer Seite?

Meyer-Verheyen: Die SPD ist doch froh, daß wir für sie den Buhmann machen und uns an ihrer Stelle von den Gewerkschaften und Einzelhändlern beschimpfen lassen. Sie können jetzt sagen, daß das alles nur an der bösen Stadt Partei liegt. Tatsächlich sieht selbst Bürgermeister Henning Vosschrau den bisherigen Ladenschluß als überholt an.

SPIEGEL: Dann gab es also keinen ernsthaften Dissens in Hamburg?

Meyer-Verheyen: Es gab lediglich ein paar harte Wortwechsel mit den Gewerkschaftsvertretern. Das war's aber auch schon.

M. MEYBÖRGE / SIGNUM



L. CHAPERON / LASA

„Leopard 1“-Panzer

Rüstung

Leoparden für Botswana

Ein Waffengeschäft der Niederlande mit Botswana belastet die Beziehungen zwischen Bonn und Den Haag. Die Holländer wollen 50 gebrauchte „Leopard 1“-Kampfpanzer an den südafrikanischen Kleinstaat (ca. 1,5 Millionen Einwohner) liefern, die sie Ende der sechziger Jahre in Deutschland gekauft hatten. Die Bundesregierung erfuhr im Februar vom Liefervertrag und legte Protest ein. Die Niederländer bestritten jedoch, daß sie Bonn um Erlaubnis fra-

gen müßten. Obwohl das Auswärtige Amt den entsprechenden Briefwechsel aus den Jahren 1968 und 1969 vorlegte, blieb Den Haag stur: Die Niederlande könnten gegenüber Botswana nicht vertragsbrüchig werden.

Im Juni hatte sich Namibias Präsident Sam Nujoma bei Kanzler Helmut Kohl beschwert: Die „Hochrüstung“ des Nachbarn Botswana, der mit Namibia um eine kleine Insel streitet, sei eine „Bedrohung“ für sein Land. Der Kanzler intervenierte danach bei Premier Wim Kok – bis Ende voriger Woche gab es aber noch keine Zusage, das Bonner Veto zu akzeptieren.

AM RANDE

Beamten-Bomber

Michelmäßiger Kleinmut durchtränkt die Reaktion des deutschen Volkes auf das Dienstrechtliche Begleitgesetz. Da hat die Koalition nun mit Zustimmung von SPD und Teilen der PDS beschlossen, daß der Staat seiner Fürsorgepflicht nachkommen und Bundesbediensteten den Umzug in die Hauptstadt Berlin erleichtern wird. Was erwartet sie? Undank wie fürs Sparpaket. Penibel beklagt die Basis, daß zwei Jahre lang freitags Militärmaschinen die Staatsdiener nach Bonn zurückbringen sollen, daß eine Trennungspauschale im Gegenwert von 50 Sauerbraten vorgesehen ist, ein Zuschuß zur Nachhilfe für begriffsstutzige Beamtenkinder und zum Erwerb von Heim und Herd.

Doch liest denn keiner das Kleingedruckte? Weiß niemand, daß die Mietbeihilfe von bis zu sieben Mark pro Quadratmeter zeitlich begrenzt ist? Schon 25 Jahre nach dem Fall der Mauer wird die dann 12 000 zugezogenen Bonner die volle Härte des Berliner Mietmarktes treffen. Das Recht auf staatlich finanzierten Rückumzug für Pensionisten nach Bonn verfällt bereits fünf Jahre früher.

Von einer neuen Luftbrücke nach Berlin, diesmal für Staatsdiener, sprechen die Neider. Das ist respektlos gegenüber den alliierten Freunden und mathematisch mäßig einleuchtend. 1,83 Millionen Tonnen Ladung haben die Amerikaner und Briten nach dem Krieg eingeflogen, das entspricht dem Transport von 24 Millionen Beamten, die kommen und bleiben, oder 2000 Heimflügen pro Umzügler. Eine üble Übertreibung also.

Wenn es ab 1999 Montag morgens in Berlin statt Rosinen wirklich Bundesbedienstete hagelt, dann treten diese immerhin an, die Einheit zu vollenden. Und Berlin hat es selbst in der Hand, Steuerzahlers Aufwand von einer Milliarde Mark wieder einzuspielen. Wo sind Mutterwitz und Trümmergeist geblieben, Tugenden der Hauptstädter nach verlorenen Kriegen? Noch sind drei Jahre Zeit.

Nölt also nicht, arbeitslose NVA-Offiziere, sondern braut Altbier im Speckgürtel am Stadtrand! Renaturiert Industriebrachen und schafft einen Erlebnispark Bonn/Berlin! Und Ihr, Kunstschaffende der DDR, ab in Eure Studios und abendfüllende Fernsehkonserven, auf Halde gedreht: „So klang's bei uns in Godesberg“ oder das Road-Movie für pendelnde Regierungsräte: „Wir können auch anders, Teil 2“.